

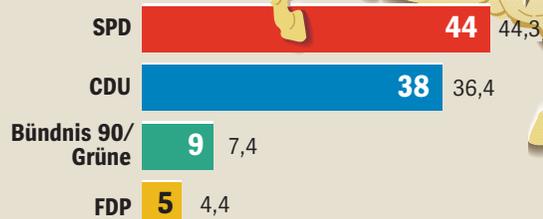
US-Präsident Clinton, britischer Premier Blair



Schröder knapp behauptet

„Wenn am nächsten Sonntag Landtagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann wählen?“

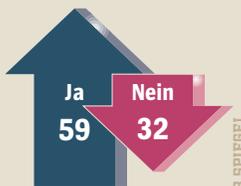
Alle Antworten in allen Grafiken in Prozent



Emnid-Umfrage für den SPIEGEL: 1000 Befragte in Niedersachsen, 5. bis 7. Februar 1998; an 100 fehlende Prozent: keine Angabe

Ruf nach Bonn

„Wie Sie wissen, hängt vom Wahlausgang auch die Entscheidung über den Kanzlerkandidaten der SPD ab. Sind Sie dafür, daß Gerhard Schröder Kanzlerkandidat der SPD wird?“



DER SPIEGEL

Titel

„Die einzige Chance“

Sein Vorbild sind moderne Pragmatiker wie der britische Premier Blair oder US-Präsident Clinton. Doch Gerhard Schröder muß erst bei der Niedersachsen-Wahl triumphieren, um gegen Kanzler Kohl antreten zu dürfen. Andernfalls stoppt die SPD ihren populärsten Mann.

Wenn zwei notorische Machtmenschen aufeinanderprallen, gerät selbst ein nettes Beisammensein unversehens zur Kraftprobe. So wie neulich, als Helmut Kohl die Ministerpräsidenten zum Gespräch geladen hatte.

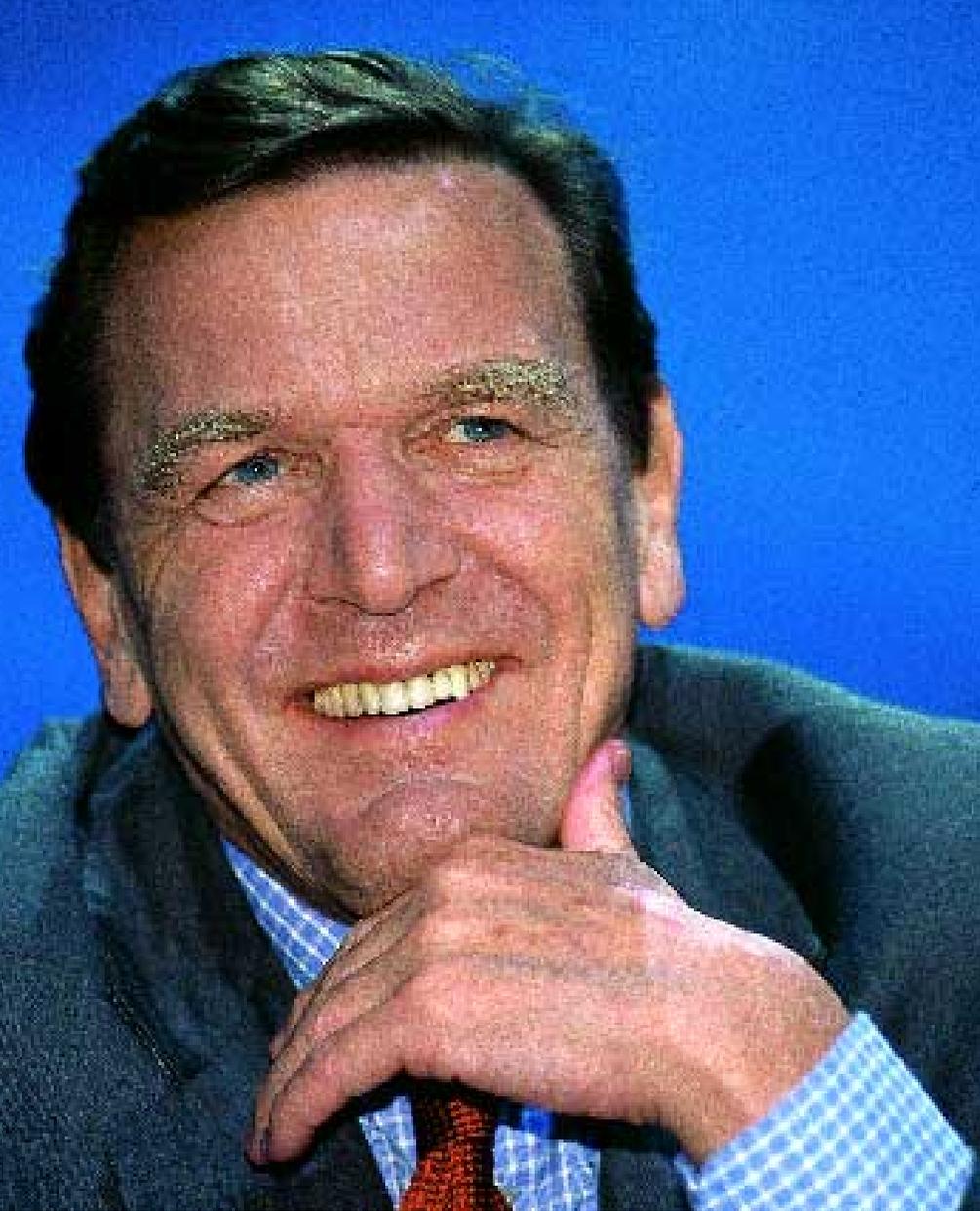
Gerade hatte der Kanzler sich Kurt Beck vorgeknöpft, den Regierungschef seines Heimatlandes Rheinland-Pfalz. Als Gerhard Schröder dem Genossen zur Hilfe kam, blaffte Kohl: „Warten Sie's ab! Zu Ihnen nach Niedersachsen komme ich persönlich.“

Doch anstatt reumütig zu schweigen, entgegnete Schröder: „Nichts dagegen. Kommen Sie nur!“ Und fragte frech hinterher: „Aber ob Sie Ihren Parteifreunden damit einen Gefallen tun?“ Mit breitem Grinsen, das einen Demut gewohnten Regenten wie Kohl verstört, lehnte sich der Sozialdemokrat zurück in den Sessel.

Vor dem Kanzler hat Schröder keine Angst. Er hält sich längst für den besseren Mann. Kohl mit seinem präsidialen Regie-

stils sei einer von gestern. Er dagegen, mit seinem Selbstverständnis vom „Manager der Deutschland AG“, repräsentiere den zeitgemäßen Volksvertreter.

Die Deutschen scheinen das ähnlich zu sehen. Dürften sie am nächsten Sonntag ihren neuen Anführer wählen, hätte Schröder das Kanzleramt so gut wie sicher. Mit seinen Sympathiewerten liegt der Niedersachsen uneinholbar vor dem Amtsinhaber, allein Kohls designierter Nachfolger Wolfgang Schäuble hält noch mit.



Ministerpräsident Schröder Ein paar Zeilen Weltgeschichte

Kohl weiß genau, daß die deutsche Sozialdemokratie mit ihrem populären Mittestürmer Schröder eben das erreichen kann, was Hans-Jochen Vogel, Johannes Rau, Lafontaine und Rudolf Scharping in 16 Jahren und vier Bundestagswahlen stets mißlang: ihn, den Koloß, zu stürzen.

Erstmals seit Willy Brandt hat die SPD wieder einen Kandidaten mit einem Hauch von Charisma zu bieten, erstmals seit Helmut Schmidt wieder einen, der sich für Wirtschaft zumindest interessiert. Selten gab es einen Genossen, der so tief im bürgerlichen Lager zu wildern drohte.

Selten allerdings hat es die SPD dem Gegner auch so leicht gemacht, ihren aussichtsreichsten Mann zu demontieren. Erst vergangene Woche lieferten die Sozialdemokraten wieder den Beleg dafür, daß sich Kohl völlig zu Recht auf eine alte Weisheit verlassen kann: Je besser ihre Chancen für einen Machtwechsel stehen, desto bereitwilliger zerfleischt sich die SPD.

Obschon die dramatischen Arbeitslosenzahlen, der wachsende Unmut in der CDU über ihn und die Show-Einlagen der FDP (diesmal: der Überschuß in der Pflegekasse) dem Kanzler eine mächtige Negativpresse bescherten, schafften es einige SPD-Kräfte, das Augenmerk auf den schwelenden Zwist der Kandidaten Schröder und Lafontaine zu lenken.

Mitten in die heiße Phase des Wahlkampfes publizierten SPD-Linke um den Partei-Vize Wolfgang Thierse und den Lafontaine-Vertrauten Ottmar Schreiner harsche Kritik an Schröder, Kern: „Ein personalisierter Wahlkampf und die Anpassung an Stimmungen wären kein stabiles Fundament“ für den Bundestagswahlkampf.

Ein weiteres Papier empfahl reichlich naiv, vor allem um grüne Stimmen zu werben. Und da es vom Bundestagsabgeordneten Michael Müller mit einem entlarvenden Anschreiben versehen worden war („Ottmar und ich haben das beiliegende Papier mit Oskar besprochen, er ist einverstanden“), regte sich bei Schröder schnell der Verdacht, daß ihn die linken Genossen mit Rückendeckung Lafontaines gezielt diskreditierten.

Zu Recht: Mehrmals traf sich der Parteichef mit Emissären der Linken in den vergangenen Monaten zu geheimen Beratungen oder telefonierte mit ihnen. Einige empfing er sogar privat in Saarbrücken. Dabei wurde schon mal durchgespielt, wie

Einige tausend Niedersachsen wählen den SPD-Kanzlerkandidaten.

winnen kann. Verhindert Schröder die Rückkehr der Liberalen in den niedersächsischen Landtag und damit womöglich eine rot-grüne Koalition, ginge die Pünktchen-Partei schwer angeschlagen in den Bundestagswahlkampf.

auch bei einem knappen Sieg Schröders noch eine Entscheidung zugunsten Lafontaines herbeizuführen sei.

Bei den Gesprächen fühlten sich die Genossen zu den Papieren regelrecht „ermuntert“, sagt einer der Mitautoren. Der

Schröder leidet, wenn er im Fernsehen Bill Clinton und Tony Blair sehen muß, die sich, wie vorvergangene Woche, einträchtig als die globalen Hoffnungsträger des ausgehenden 20. Jahrhunderts präsentieren. Er ist sich sicher, daß er da mitposieren würde, wenn ihm nicht der Mitgliederentscheid der SPD 1993 die Kanzlerkandidatur verwehrt hätte.

Am 1. März wird sich zeigen, ob Schröder doch noch ein paar Zeilen Weltgeschichte mitschreibt. Oder ob er als ewiger Kandidat im schweren Boden Norddeutschlands kleben bleibt.

Denn bevor Schröder, 53, gegen Kohl zur Wahl seines Lebens antreten darf, muß er eine heikle Generalprobe durchstehen: die Niedersachsen-Wahl, für ihn so bedeutsam wie für Bill Clinton 1992 die Primaries, die amerikanischen Vorwahlen. War es für Clinton ein Sieg in Ohio, der aus dem Provinzler aus Arkansas einen Kandidaten für die amerikanische Präsidentschaft machte, so hängt Schröders Schicksal an der Wahl zum niedersächsischen Landtag.

6,3 Millionen norddeutsche Wähler, etwa zehn Prozent der wahlberechtigten Deut-

RICHTIG AP: (R) T. SANDBERG



Schröder, Köpf, Müller, Lafontaine Anfang August 1997 an der Saar: Den selbstauferlegten Nichtangriffspakt gebrochen

J. H. DARCHINGER

Saarländer bekam die umstrittenen Thesen schon in der Rohfassung vorgelegt, lange bevor sie an führende Sozialdemokraten verschickt wurden. Bundesgeschäftsführer Franz Müntefering bedankte sich postwendend für die Anregungen.

Bislang hatten die Rivalen persönliche Attacken vermieden und sich auf ein paar Tricksereien beschränkt. Schröder etwa wollte sich mit seiner Ankündigung, er trete bei mehr als zwei Prozentpunkten Verlust nicht an, der Partei als Kandidat aufzwingen. Lafontaine hatte dagegen seine Vertrauten Rau und Müntefering erklären lassen, es gebe keinerlei Automatismus zwischen Wahlsieg und Kandidatenkür. Mit dem jüngsten Angriff indes hat der SPD-Chef seinen selbstauferlegten Nichtangriffspakt gebrochen.

Nun zeigt sich, daß das von beiden bislang akzeptierte duale System eine strategische Falle birgt. Denn wer das Ergebnis der Niedersachsen-Wahl zum entschei-

Wulff als um seine eigene Zukunft. Denn drückt der Kanzler seinen Angstgegner unter dessen letztes Resultat von 44,3 Prozent, wird die SPD ihren ungeliebten Star kaum von der Leine lassen.

Nur bei einem Zugewinn darf Schröder Bonn marschieren. Einen halben Prozentpunkt, streut Lafontaine, müsse der Rivale zulegen, „um mit dem Siegerimage anzutreten“. So entscheiden womöglich die Stimmen von ein paar tausend Niedersachsen, wer die drittgrößte Wirtschaftsmacht der Welt ins nächste Jahrtausend steuert.

Noch liegt der Sozialdemokrat in allen Umfragen weit oben. Doch die Erfahrung lehrt, daß die SPD bei den Demoskopen meist besser, die Union dagegen schlechter abschneidet als schließlich beim Wähler.

Der Kandidatenkandidat Schröder setzt vor allem darauf, sich gegen den Kanzler der Arbeitslosigkeit als personifiziertes Jobwunder zu profilieren. Täglich geht er

Andererseits hat es Schröder schwerer als 1994. Damals trat er mit Gattin Hiltrud zum wählerwirksamen Paarlauf an. Der Automann und die grün Angehauchte bedienten das Spektrum von der bürgerlichen Mitte bis zum Castor-Gegner.

Seither hat Schröder bei Linksliberalen verloren, weil er stramm hinter dem Großen Lauschangriff steht, weil ihm zu straffälligen Ausländern nur Schützenfest-Rhetorik („Raus, aber schnell!“) einfiel, weil er Umweltschutz, mehr als früher, vor allem als Investitionshemmnis ansieht.

Zugleich gewann Herausforderer Wulff an Profil. Umfragen ergeben, daß der Unions-Mann den Niedersachsen eher als „Politiker neuen Typs“ erscheint als der Amtsinhaber. In den letzten Wochen hat Wulff beachtlich zugelegt.

Nervös weist Schröder auf die historische Tragweite dieser Wahl hin, sie sei „die einzige Chance“ für ihn selbst, aber vor allem für Deutschland; einen weiteren Anlauf zur Kanzlerschaft im Jahre 2002 will er nicht nehmen, wie er im SPIEGEL-Gespräch (siehe Seite 44) gesteht: „Dann wäre ich fast 60. Das ist nicht gerade das ideale Alter für einen Hoffnungsträger.“

Aber wer ist dieser Gerhard Fritz Kurt Schröder wirklich, der am Karfreitag des Jahres 1944 das Licht des lippischen Nests Mossenberg erblickte? Ist er der Dynamiker, der einer verzagten Nation ihren Optimismus zurückgibt? Oder nur eine frischere Ausgabe der Machtmaschine Kohl? Ist er ein Charmeur mit begrenzter Haltbarkeit wie Björn Engholm? Fischt er Stimmen wie Blair, oder halten ihn die Deutschen für einen Blender? Das ist die Frage, die nur

„Deine Offenheit ist eine subtile Strategie des Verbergens.“

denden Kriterium für die Kandidatenkür macht, gibt Kohl die einzigartige Chance, den gefürchteten Herausforderer zu erledigen, noch bevor er überhaupt aufgestellt wurde.

Fest im Glauben daran, daß sich die Wut der Deutschen auf ihn in Ehrfurcht wandelt, sobald er ihnen leibhaftig erscheint, schnauft der Kanzler derzeit fast jeden zweiten Tag zum Stimmenfang durch die Norddeutsche Tiefebene.

Kohl geht es weniger um Hilfe für den aussichtslosen CDU-Kandidaten Christian

auf Reklame-Tour durch die Betriebe (siehe Seite 40). Wahlentscheidend wird jedoch, ob er, wie die Kandidaten Rau 1985 in Nordrhein-Westfalen und Lafontaine 1990 im Saarland, vom Wähler obendrein einen Bonn-Bonus erhält.

Nach einer Emnid-Umfrage im Auftrag des SPIEGEL sind 59 Prozent der befragten Niedersachsen dafür, daß Schröder Kandidat der SPD wird. 29 Prozent empfinden Stolz über einen Landsmann im Kanzleramt, 37 Prozent erhoffen zudem eine Vorzugsbehandlung für ihr Bundesland.

durch die Kandidatur, das Schröder-Experiment zu beantworten wäre.

Schröders – für einen Nicht-Bundespolitiker – sensationelle Umfragewerte beruhen offenbar auf einer unwiderstehlichen Volkstümlichkeit, die er mit Kohl gemeinsam hat: Der eine ist das Idol der Heinz-Erhardt-Generation, der andere steht für die saturierten 68er.

Anders als ihre Gegenspieler Schäuble und Lafontaine, die stete Perfektion verströmen möchten, verfügen Kohl wie Schröder über jene kleinen Unzulänglichkeiten, die Vertrauen beim Volk schaffen und Ängste abbauen.

Beide ziehen eine Kneipe dem Stehempfang vor, tun sich schwer mit fremden Sprachen und haben Probleme, den Weltmann zu geben. Der eine hat Sorgen mit seinem Gewicht, der andere mit den Frauen, der eine nuschelt unerträglich, der andere hat viel zu braune Haare für sein Alter. Sie kämpfen mit den gleichen Problemen wie ihre Wähler und stehen glaubwürdiger als viele Polit-Posierer für teutonischen Durchschnitt.

Anders als der berechenbare Kohl ist Schröder jedoch nur schwer zu durchschauen. Obwohl er sich offener gibt als viele seiner Kollegen und sein Privatleben akribischer ausgeleuchtet wurde als das der meisten anderen Politgrößen, ist er selbst langjährigen Weggefährten ein Rätsel geblieben. „Deine Offenheit“, stellte der Soziologe Oskar Negt, einer der sozialdemokratischen Chefintellektuellen, in einer Laudatio fest, „ist eine subtile Strategie des Verbergens.“

Das gilt auch für die politischen Positionen, die Schröder in den letzten 30 Jahren

einnahm. „Ja, ich bin Marxist“, bekannte er als Juso. Heute rechnet er sich eher dem rechten Flügel der SPD zu. Er wertete gegen Atomkraft, gab dann aber kleinlaut die Zusage an die Reaktor-Betreiber, keinen Ärger beim Zwischenlager Gorleben zu machen. Der selbsternannte Wirtschaftsliberale fordert lauthals Privatisierung, kaufte aber unlängst ein Stahlwerk für eine Milliarde Mark. Der Rechtsanwalt Schröder vertrat den früheren Terroristen Horst Mahler bei dessen Haftentlassungsbegehren, der Ministerpräsident Schröder hält Nachbesserungen zum Großen Lausangriff für unnötig.

Stur hielt er an der bedingungslosen Zustimmung zur Grundgesetzänderung fest und ließ sich nur widerwillig auf die Lafontainesche Kompromiß-Strategie des Ausklammerns von Journalisten, Anwälten und Ärzten ein.

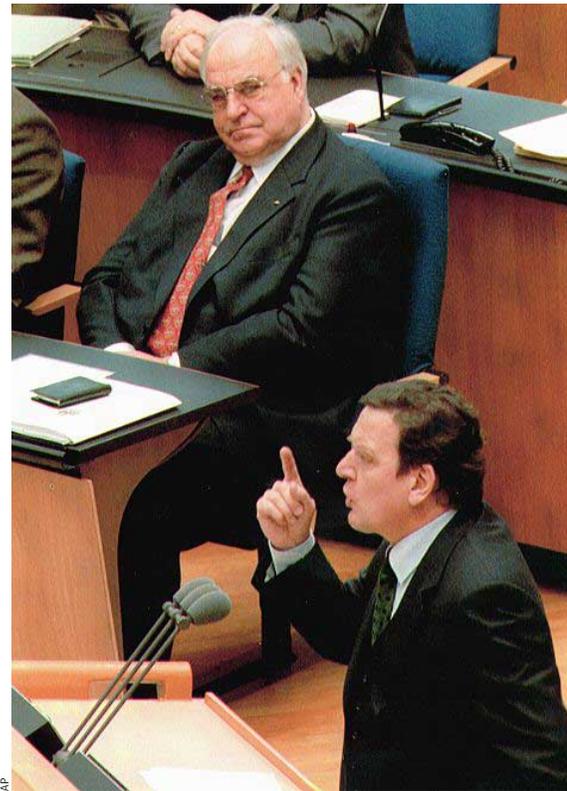
Wieder mal hatte der Parteichef seinen Rivalen ausgetrickst. Schröder sah aus wie ein sturer Betonkopf an der Seite der CDU/CSU, zudem verfiel des Saarländers Kalkül, Schröder von seinen linksliberalen Journalistenfreunden zu isolieren. Der Niedersachse indes hoffte, daß seine harte Linie im Volk ankommen würde.

Daß Schröder sich stets zeitgeistgemäß verhielt, scheinen sogar seine vier Ehen zu belegen. Jede Gattin stand für eine neue Ära und für eine weitere gesellschaftliche Stufe. Die Bibliothekarin Eva Schubach aus dem Nachbardorf war drei Jahre lang die Frau für die turbulente Studentenzeit, die Lehrerin Anne Tashenmacher half beim Start ins bürgerliche Anwaltsleben. Mit der auf Gleichberechtigung beharrenden Hiltrud entwickelte er seine Rolle als moderner Landesvater.

Inzwischen justiert Schröder sein Image wieder neu. Öfter im dunklen Anzug als bisher, drängt es ihn in die präsidentiale Pose. In schlichter Unauffälligkeit funktioniert Neu-Gattin Doris Köpf so reibungslos wie die repräsentierende Hannelore Kohl.

Schröder selbst hält es für einen feinen Charakterzug, daß er nicht an Überzeugungen klebe, sondern von Fall zu Fall „pragmatisch“ entscheide. Seine Gegner, vor allem auf Programmtrue versessene Sozialdemokraten, halten ihn jedoch schlicht für opportunistisch. Ein Kanzler Schröder, fürchten sie, würde sich kaum von der Partei steuern lassen.

Da mag was dran sein. Schröder verkörpert neben dem Ober-Grünen Joschka Fischer am ehesten den Typus des Medien-Stars, der sich den vermeintlichen Bedürfnis-



Kanzler Kohl, Rivale Schröder
Teutonischer Durchschnitt

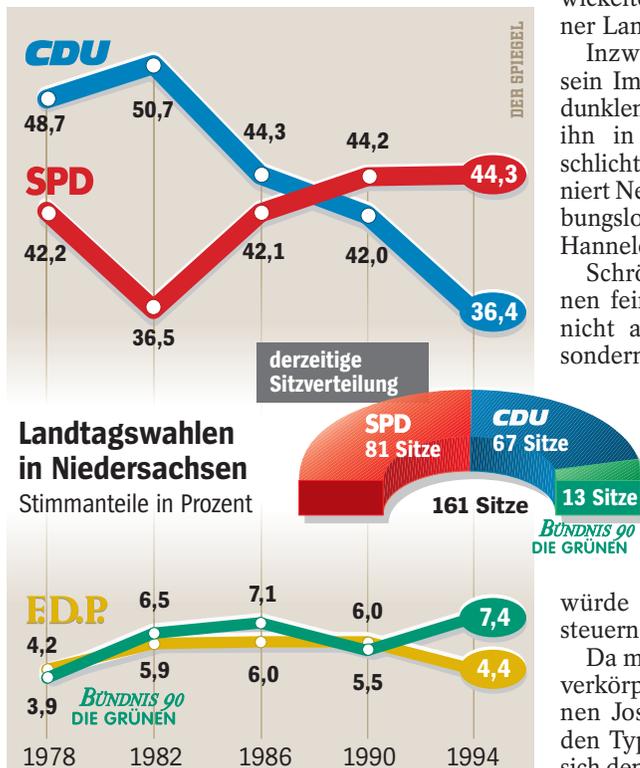
sen der Öffentlichkeit entsprechend unablässig neu erfindet – fast so wie Michael Jackson oder einst Madonna. Die legten sich auch mit jeder Platte eine neue öffentliche Persönlichkeit zu. Nur eine Konstante zieht sich durch ein solches Leben: der unbeirrbar Wille, noch weiter nach oben zu gelangen.

Die leicht seifige Geschmeidigkeit verbindet Schröder mit dem amerikanischen Regierungschef und dessen britischem Kollegen, den Prototypen der neuen Generation von Entertainment-Politikern. Trotz ihres manischen Dauerflirts mit den Kameras unter gleichzeitigem Absondern schnittfreundlicher Soundbites ist den dreien eine schier grenzenlose Unverbindlichkeit gemein.

Was, nebenbei, die Frage aufwirft, ob eine sich rasant verändernde Welt mit immer mehr bohrenden Fragen und immer weniger überzeugenden Antworten diesen Politikertypus nicht zwangsläufig erzeugt, ja sogar braucht?

Der Vergleich mit Superstar Blair, den Schröder nur zu gern hört, hinkt jedoch. Blair hat die in weiten Teilen noch im 19. Jahrhundert verhaftete Labour-Partei erst auf neoliberalen Kurs und dann hinter sich gebracht. Zudem vertritt er, zehn Jahre jünger als Schröder, nicht mehr die ideologisch verdächtige Vietnam-Generation.

Obleich sie sich noch nie getroffen haben, verbindet den Hannoveraner weit-aus mehr mit dem US-Präsidenten. „Clinton finde ich gut“, sagt Schröder voller Bewunderung, „der macht einen tollen



Job.“ Wie Clinton wird auch Schröder in der Provinz groß, vaterlos, in ärmlichen Verhältnissen. Clintons Stiefvater ist ein notorischer Trinker, die Mutter überfordert, der Sohn früh auf sich allein gestellt.

Auch der Knabe Gerhard, von allen Gerd gerufen, wird mit dem Mangel groß. Seinen Vater, einen Kirmes-Arbeiter, hat er nie gesehen. Er fiel 1944 in Rumänien. Schröder wächst ohne bürgerliche Zwänge

Gefühle läßt er, wenn überhaupt, nur mit Bier im Blut nach draußen.

auf, weniger behütet zwar, dafür freier und wilder, was frühe Härte gegen sich und andere einschließt.

Die Familie haust zeitweise in einer Baracke am Rande des Fußballplatzes von Bexten. Trifft ein Ball die Hütte, fällt die Petroleumlampe zu Boden. Auf Beutezug mit der Großmutter sucht Schröder in der nahen Kleinstadt Schötmar auch mal nach einem Braten, der im offenen Fenster steht.

Wie jeder Junge, der in solchem Raubtier-Milieu groß wird, verspricht er seiner Mutter eines Tages, als er den Gerichtsvollzieher wieder abgewimmelt hat: „Warte ab, Löwe – eines Tages hole ich dich im Mercedes ab.“ Und er schafft das tatsächlich.

Wie der Knabe Clinton ist auch der junge Schröder von einem Gedanken beseelt: „Ich will hier raus!“ Vom scheinheilen bürgerlichen Idyll ausgeschlossen zu sein hat bei beiden bis heute Verletzungen hinterlassen, die sie offenbar zwingen, ständig aufs neue zu beweisen, daß sie genauso gut, ja besser sind als all die anderen. „Ich gehöre zu denen, die alles wollen, wenn sie es kriegen können“, sagt Schröder.

Während Clinton schon mit 17 beschließt, Präsident zu werden – als bester Schüler des Staates Arkansas durfte er zum Händeschütteln mit John F. Kennedy nach Washington fliegen –, muß sich der mittelmäßige Schüler Schröder auf den mühsamen zweiten Bildungsweg machen. Er erkennt erst am Ende seines Jura-Studiums, daß am ehesten die Politik den Weg nach oben ebnet.

Geschickt nutzt er die Zankereien der Jusos, um 1978 deren Chef zu werden. Zwei Jahre später sitzt er im Bundestag und guckt sich bei Schmidt, Brandt und Herbert Wehner die Grundkenntnisse im politischen Ränkespiel ab.

Anders als der Niedersachse vertraute allerdings Clinton, ähnlich dem jungen Kohl, nicht allein dem Glauben ans Auserwähltsein. Zielstrebig baute der Amerikaner ein Netzwerk aus einflußreichen Freunden auf. Schröder dagegen gefiel sich stets in der Rolle des Einzelgängers, des notorischen Raufbolds, der sich immer nur gegen andere profiliert. Seine Idole waren einsame Kämpfer, ob Tarzan oder der TV-Anwalt Perry Mason. Schröder, glaubt SPD-Professor Negt, sehe sich in „der Rolle des naturrechtlichen Wilderers Robin Hood“, also allein dadurch legitimiert, daß er das Gute will.

Schröder scheint an den Mythos zu glauben, daß echte Kerle es allein schaffen müssen, weil sie letztendlich ohnehin niemandem trauen können außer sich selbst. Gefühle läßt er, wenn überhaupt, nur mit viel Bier im Blut nach draußen, wenn er etwa, wie 1982, wild am Zaun des Kanzleramts rüttelt und brüllt: „Ich will hier rein.“

Diese Schlüsselszene, finden seine Kritiker, beweise Schröders größte Schwäche.

Er will die Macht um jeden Preis. Aber was mag er damit anstellen? Mit welcher Botschaft will er Kanzler werden? Warum sollen ihn die Deutschen wählen?

Anders als der gemeine Karrierist verfügte Schröder allerdings nie über eine langfristige Planung. Der stets Mißtrauische hat nur einen kleinen Kreis Vertrauter, die vorwiegend in Hannover wirken: Da ist Frank Steinmeier, der Leiter der Staatskanzlei, der gewiefte PR-Mann Uwe Karsten Heye und Planungs-Chef Heinz Törmer, der Schröder schon als Assistent im Bundestag diente. Wirtschafts-Staatssekretär Alfred Tacke gilt als „Feuerwehrmann“, der Schröders Ideen fix in die Tat umsetzen muß.

Gesegnet mit der wichtigen Gabe, im voraus zu ahnen, was Schröder denken könnte, sind zudem seine Büroleiterin Si-

grid Krampitz und die Wirtschaftsexpertin Christel Möller. Schröders Bonner Abgesandter Helmut Holl hält den Kontakt zur Bundes-SPD und zu den niedersächsischen Abgeordneten, die der Ministerpräsident allerdings lange vernachlässigte.

Das kleine Team reicht Schröder. Ihm fehlt jene Geschmeidigkeit, vielleicht auch das Selbstbewußtsein, sich beraten oder gar öffentlichkeitsgerecht zurechtzureden zu lassen. Das erledigt er selbst.

Politik bedeutet für Schröder ohnehin pausenloses Krisenmanagement. Deswegen bewundert er auch Clinton so. Daß der US-Präsident trotz der Affären um Gennifer Flowers, Marihuana, Vaterlandsverrat, Whitewater und die Praktikantin Monica Lewinsky seinem Land ein Wirtschaftswunder bescherte und sich selbst formidable Umfragewerte, das nötigt dem Niedersachsen allerhöchsten Respekt ab.

Gelegentlich muß er sich freilich auch an der Realität daheim messen lassen. Und da hat Schröder ein Problem. Während Clinton stets von prächtigen ökonomischen Daten profitierte, muß sich der selbsternannte Wirtschaftswundermann mit dem Vorwurf herumschlagen, er habe Niedersachsen trotz achtjähriger Regierungszeit nicht einmal den Ansatz eines Aufschwungs beschert.

Seit 1990 sind die öffentlichen Schulden in Niedersachsen stärker gestiegen als in je-

Kanzler Schröder? – Mehrheit bleibt kühl

„Was empfinden Sie bei der Aussicht, daß ein Niedersachse eventuell Bundeskanzler wird?“



Keine Stärkung für die Heimat?

„Versprechen Sie sich von einem mutmaßlichen Kanzler Schröder besondere Vorteile für Niedersachsen?“



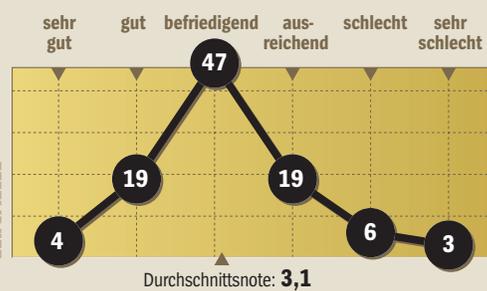
Schwacher Kronprinz

„Wen würden Sie wählen, wenn Sie zwischen dem CDU-Kandidaten Christian Wulff und Schröders designiertem Nachfolger, Innenminister Gerhard Glogowski, entscheiden müßten?“



Gedämpfter Applaus

„Ministerpräsident Schröder regiert seit acht Jahren in Niedersachsen. Wie bewerten Sie seine Arbeit?“





T. SANDBERG

Wahlkämpfer Schröder*: *Der Dynamiker, der einer verzagten Nation ihren Optimismus zurückgibt?*

dem anderen westdeutschen Flächenland. Bei einer Arbeitslosenquote von 12,6 Prozent übertrifft ihn nur noch einer in Westdeutschland: Kandidaten-Konkurrent Lafontaine mit 12,7 Prozent im Saarland.

Der Vorwurf trifft Schröder an einem wunden Punkt: In seiner Amtszeit stieg der Schuldenstand von rund 40 auf 65 Milliarden Mark. Und Schröders Finanzministerium sieht kein Ende: „Ein Abbau des Schuldenstandes ist aus heutiger Sicht vorerst nicht möglich.“ Die Schulden werden sogar weiter wachsen.

Der Haushalt dreht sich in einem „Teufelskreis“, sagt Finanzexpertin Ulrike Hardt vom Niedersächsischen Institut für Wirtschaftsforschung (NIW). Auch wenn das Land in Schröders zweiter Amtszeit netto immer weniger Kredite aufgenommen hat, fressen die Subventionen die Einsparungen auf.

Die Schuldenspirale der Regierung Kohl hat sich freilich noch bedrohlicher gedreht. Kanzler wie Möchtegern-Kanzler haben sich verkalkuliert, nur auf verschiedenen Seiten der Bilanz. Kohl hat die Kosten der Einheit gröblich unter-, Schröder deren Gewinne fahrlässig überschätzt.

Das Bundesland mit der einstmaligen längsten DDR-Grenze hatte von der Wiedervereinigung zunächst mehr als alle anderen profitiert. Die Ostdeutschen stürmten die niedersächsischen Bau- und Supermärkte. Die im Schröderland überdurchschnittlich vertretene Konsumgüter- und Autoindustrie

verdiente prächtig, und die Finanzämter kassierten mit. Die ausgabefreudige rot-grüne Koalition mochte nicht an das absehbare Ende des Einheits-Feuers denken und stellte 9000 öffentlich Bedienstete ein, darunter viele Lehrer.

Als der Boom zusammenbrach, kam noch ein zusätzlicher Schlag. Im Länderfinanzausgleich rutschte Niedersachsen wegen der kurzen Hausse auf eine schlechtere Position. Das Land mußte auf mehrere hundert Millionen Mark Transferzahlungen verzichten.

Seit 1995 befiehlt Schröder Sparen. Die Stellen wurden wieder abgebaut – 7400 weniger sollen es bis Ende dieses Jahres sein. Mit globalen Minderausgaben und Haushaltssperren erscheinen die übrigen Sparmaßnahmen allerdings, so die Finanzexpertin Hardt, „im Detail konzeptlos“.

Mitunter steckt auch eine Strategie dahinter. Den Kommunen strich die Landesregierung 1996 nicht nur Zuweisungen von 500 Millionen Mark. Weitere 750 Millionen Mark bekommen die Städte und Gemeinden nur, wenn sie das Geld als Beihilfen für eigene Investitionen verwenden. Da die Bürgermeister dafür kaum noch Mittel frei haben, können sie die Investitionsförderung gar nicht abrufen. Diesen Trick erklärte der Niedersächsische Staatsgerichtshof im vergangenen Jahr für verfassungswidrig.

Mit dem Haushalter Schröder ist nicht viel Staat zu machen. Die 50 Behauptungen der CDU zu Schröders Wirtschaftspolitik (Motto: „Sprüche statt Taten“) widerlegt die Regierung mal mehr, mal weniger

mühevoll. Nur bei den Schulden versagt die Kunst der Statistik-Interpretation. Sein getreuer Berater Tacke gesteht: „Wir haben von '90 bis '94 zuviel Geld ausgegeben.“

Bilanzen sind nicht Schröders Welt. Seinen Ruf als Wirtschaftsmann erwarb er sich als Retter vor Ort. Ob ein Betrieb mit 41 Leuten Zuckerguß oder mit 12 000 Mann Stahlguß produziert – Schröder vermittelt den Eindruck, daß er nur für diese Firma da sei. „Wir sind ein Dienstleistungsunternehmen“, sagt Tacke, „das ist der Kern moderner Wirtschaftspolitik.“

Beste Referenz für den Servicebetrieb Schröder ist noch immer die ehemalige Dasa-Werft in Lemwerder bei Bremen. Als Daimler-Chef Jürgen Schrepp die Wartungsfirma für Flugzeuge aus Kostengründen schließen wollte, übernahm Schröder den Betrieb zunächst und handelte Schrepp weitere Aufträge ab.

Inzwischen gehören die Anlagen unter dem Namen Aircraft Services Lemwerder (ASL) zum Preis von einer Mark dem Unternehmer Jürgen Großmann. Für das Doppelte hatte der Schröder-Freund schon 1993 das Stahlwerk Georgsmarienhütte der ehemaligen Klöckner AG vor dem Zusammenbruch gerettet. 1200 Arbeitsplätze in Georgsmarienhütte, 600 bei ASL sicherte Schröder dem Land – und sich den ewigen Dank der Werktätigen.

Mit dem Argument Arbeitsplätze können auch erfolgreiche Unternehmen bei Schröder viel erreichen. Die Meyer-Werft in Papenburg an der Ems mit 2500 Beschäftigten hat sich eine Spitzenposition

* Vor dem Rathaus von Otterndorf.

im Passagierschiffbau erobert. Mit dem Erfolg wuchsen auch die Dampfer.

Das Land mußte die Ems Meter um Meter ausbaggern, damit die Dickschiffe nicht im Schlick steckenblieben. Nun hoffen die Papenburger auf Aufträge für 100 000-Tonner. Bund und Land müssen ein Sperrwerk bauen, um die Fahrrinne zu vertiefen.

350 Millionen Mark soll der künstlich erhöhte Pegel kosten – ungefähr soviel wie ein Luxusliner. Damit die Europäische Union das Projekt nicht als unerlaubte Subvention verbietet, muß die Regierung das Sperrwerk als Hochwasserschutzmaßnahme ausgeben. Umweltschützer kämpfen gegen den „ökologischen Totalschaden“.

Doch die Meyer-Manager brauchen nur darüber nachzudenken, daß auch die niederländische Seite des Dollart ein schöner Standort wäre – und schon sind alle Bedenken ausgeräumt. „Die erpressen uns nicht“, versichert Tacke mit knirschendem Lächeln, „wir reden nur darüber.“

Manchmal entgeht Schröder beim Dienst am Unternehmer nur knapp einer Blamage. So hatte er im strukturschwachen Wilhelmshaven den Bau der größten deutschen Fischstäbchen-Fabrik mit 16 Millionen Mark gefördert – gegen den erbitterten Widerstand der gesamten norddeutschen Frostfood-Industrie.

Der SPD-Freund Horst Bartels hatte auf den Appetit der Ostdeutschen gesetzt – doch die hatten sich schnell sattgegessen. 1995 war die „Jadekost“ pleite, und der Unternehmer bedauerte vom schönen Gran Canaria aus den Verlust von 350 Arbeitsplätzen. Schröder übernahm den Fall, den Branchenkenner für hoffnungslos hielten. Und im fernen Grönland fand er einen Investor, die staatliche Firma Royal Greenland.

Überall im Land der Niedersachsen hat Schröder solche Marksteine gesetzt, die den Weg zum Kanzleramt weisen sollen, die vorerst letzten in Salzgitter und Peine, wo er die Preussag Stahl AG vorvergangene Woche kaufte, um 12 000 Arbeitsplätze vor dem Mitinteressenten, der österreichischen Voest-Alpine zu retten.

Nur „Selbständigkeit und Sitz der Zentrale in Niedersachsen“, so Tacke, könnten die Jobs garantieren. Daß die Stahlwerke, gleich unter welchem Besitzer, noch ein sogenanntes Rationalisierungspotential von etwa 2000 Arbeitsplätzen haben, ging in der aufgeregten Debatte unter.

Das Geschäft lohnt dennoch. Der Preis liegt um einiges unter dem Gebot der Konkurrenz, mit einem Jahresgewinn von 100 Millionen Mark liefern die Stahlwerke sogar noch nach Abzug der Kreditzinsen für die Kaufsumme einen Beitrag für den Haushalt.

Ohne Schröders Aktionen, rechnen Gewerkschafter vor, gäbe es in Niedersachsen rund 50 000 Industriearbeitsplätze weniger. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg seit Schröders Amtsantritt sogar um 1,4 Prozent, während sie im westdeutschen Durchschnitt um ein Prozent sank. Den-



G. SOLOL

VW-Chef Piëch, Gast Schröder beim Wiener Opernball*: „Unübersehbare Schwächen bei Spitzentechnologien“

noch ist die Arbeitslosenquote im Lande überdurchschnittlich gestiegen – nicht zuletzt wegen Hunderttausenden von Zuwanderern aus den neuen Ländern.

Die Wirtschaftsforscher des NIW bilanzieren, daß das Land vom Ziel einer hohen Beschäftigung „heute etwa genauso weit entfernt“ sei „wie 1970 oder 1980“. Als Schröder 1990 antrat, deuteten die Zahlen noch an, „daß Niedersachsen weiter in den Schatten gedrängt wird“, so das NIW: „Dieser Trend ist gestoppt.“

Andererseits konstatieren die NIW-Forscher „unübersehbare Schwächen im Angebot von Spitzentechnologien“ und ein „Innovationsgefälle“. Das ist nicht der beste Ausweis für den Kandidaten, der zum SPD-Wahlspruch „Innovation und Gerechtigkeit“ gerade den ersten Bestandteil beisteuerte.

Fraglich bleibt, wie sich der Wirtschaftsmann als Kanzler machen würde: Als Chef der Deutschland AG könne Schröder sich nicht mehr um Fischstäbchen kümmern. Sein Service-Betrieb läuft, weil er vieles im direkten Durchgriff regeln kann.

Der Sprung von Hannover nach Bonn und Berlin aber ist der Übergang von der Mikro- zur Makroebene, von der Betriebs- zur Volkswirtschaft. Von der Makroökonomie, ließ Kollege Lafontaine durchblicken, verstehe der Niedersachse aber nicht viel.

Doch Schröder hat Nachhilfe genommen. Der Physiker Lafontaine läßt sich von der Volkswirtin Dr. Christa Müller beraten, mit der er seit 1993 verheiratet ist. Den Rechtsanwalt Schröder belehrt seit 1990 die Ökonomin Dr. Christel Möller, mit der er nicht verheiratet ist. Unter dem Dach einer Villa neben Schröders Staatskanzlei leitet sie unauffällig eine Stabsgruppe für „übergreifende Themen“.

Die Dame mit dem Hobby Dressurreiten denkt in aller Stille vor, was ein Kanzler Schröder einmal laut verkünden könnte.

Für die Zukunft ihres Chefs hat Christel Möller zum Beispiel zwei Dutzend „lebendige Unternehmer“ in einer Diskussionsrunde versammelt. Aus der Gruppe ging im vergangenen September das Dresdner Thesenpapier „Mit Mut und neuer Kraft für Innovation und Wachstum in Deutschland“ hervor. Es ist so etwas wie das wirtschaftspolitische Regierungsprogramm eines Kanzlers Schröder.

Das Ergebnis von einem halben Dutzend Sitzungen war ein „Schnippseltext“ (Möller) mit einer breiten Mixtur von

tomontage in der „Zeit“: Schröder mit Zigarre, dahinter Erhard in gleicher Haltung. In dieser Pose gefällt sich ihr Chef, als Erneuerer der Sozialen Marktwirtschaft, der Standort Deutschland und Sozialstaat Deutschland versöhnt.

Vom Wirtschaftspolitiker Lafontaine unterscheiden Schröder nicht die Details, sondern die Grundsätze: „Staatsinterventionismus von oben statt von unten wie bei Schröder“, so Möller gegen Müller. Der Unterschied zeigt sich beim Lehrstellenmangel, wenn Lafontaine ausbildungsun-

Überall Marksteine, die den Weg ins Kanzleramt weisen sollen.

Rezepten. Der „Wettbewerb als Entdeckungsverfahren“, ein anonym eingeschleustes Zitat des Superneoliberalen Friedrich August von Hayek, findet sich darin ebenso wie die Lohnsubvention für niedrige Einkommen, ein Horror für die strenggläubigen Wettbewerbstheoretiker. Von Helmut Kohl übernahmen die Thesen-Schreiber die Ankündigung, mit ihrer flexiblen Strategie die Arbeitslosenzahl auf rund zwei Millionen zu halbieren.

Das beste Symbol für das Programm, meint die Vordenkerin Möller, war eine Fo-

willige Betriebe mit einer Abgabe strafen will, Schröder aber den zweiten Berufsschultag in seinem Land abschafft und dafür von den Firmen zusätzliche Ausbildungsplätze erwartet.

„Um wirklich voranzukommen, müssen Brüche und Sprünge gewagt werden“, fordern die Schröder-Thesen. Das ist seine eigentliche Zumutung an die eigene Partei. Die Gewinner der Zwei-Drittel-Gesellschaft ebenso wie die Verlierer zu mobilisieren ist ein Balanceakt. Wer nur für das untere Drittel eintritt, so lautet die einfache Rechnung in Schröders Planungsstab, macht die SPD zur 30-Prozent-Partei.

Die wirklichen Spannungen zwischen dem Parteichef und seinem Gegenspieler erklären sich mit den grundverschiedenen Charakteren sowie weit auseinanderklaffenden strategischen Vorstellungen.

Hier der geduldig taktierende Lafontaine, dort der auf schnelle Entscheidungen drängende Schröder. Lafontaine neidet dem Rivalen dessen Popularitätswerte, die Präsenz im Fernsehen, die lockere Art. Schröder, der mangelnde Unabhängigkeit als Charakterchwäche empfindet, leidet dagegen, weil sein Schicksal allein vom Saarländer abhängt – ein Gleichgewicht des Schreckens.

Es war der legendäre Spaziergang an der Saarschleife im Sommer 1997, als den

Handicap Hillu?

„Im Wahlkampf 1994 sind Gerhard und Hiltrud Schröder als politisches Doppel aufgetreten. Glauben Sie, daß die Trennung Gerhard Schröder Stimmen kosten wird?“



* Im Februar 1996 mit Gattin Hiltrud (3. v. l.) in der Loge der Familie Piëch.



Genossen Scharping, Lafontaine, Rau: Viele hat er verprellt, einige tödlich beleidigt

Rivalen endgültig klar wurde, daß sie immer noch das gleiche Ziel haben: das Kanzleramt. Schröder registrierte allerdings auch, daß den Parteivorsitzenden die Angst umtrieb, als zweiter Erich Ollenhauer zu enden, also gleich zweimal eine Bundestagswahl für die SPD zu verlieren.

Lafontaine seinerseits machte dem Niedersachsen klar, daß dessen Kanzlerkandidatur allein von ihm, dem Chef, entschieden werde. Schröders Taktik, sich gegen die Partei zu profilieren, war damit beendet. Er möge sich seine Nickeligkeiten gefälligst verkneifen, gab Lafontaine dem Hannoveraner mit auf den Weg.

Seit dem Harmoniegegaugel an der Saar wissen die beiden Kontrahenten auch, was sie nach der Niedersachsen-Wahl voneinander zu erwarten haben: nichts nämlich. Lafontaine ist klar, daß ihn ein mutmaßlicher Kanzler Schröder kaum nach Bonn holen würde. Schröder dagegen weigert sich beharrlich, ein etwaiges Kabinett Lafontaine mit seiner Popularität zu kränzen. Wie beim klassischen Western-Finale wird es also auf den großen Sieger und den für immer Erledigten hinauslaufen.

Gelingt Schröder kein Triumph, wird sich seine Rücksichtslosigkeit rächen, mit der er seit jeher die Partei behandelt. Viele hat er verprellt, einige tödlich beleidigt, manch guten Freund fallengelassen. Und nahezu jedem der 800 000 Parteimitglieder hat er das Gefühl vermittelt, sie seien Schlafmützen, er dagegen der einzig moderne Muster-Sozi.

Seine demonstrative Mißachtung macht auch vor höchsten Gremien nicht halt. Sitzungen des Vorstands hält er für ein lästiges Übel, dem er bei jeder Gelegenheit zu entkommen versucht. Als das Präsidium neulich eine Klausurtagung Schröder zuliebe im niedersächsischen Goslar ansetzte, maulte er, daß ihm die Partei nun auch noch seinen letzten freien Sonntag vermiese, der ihm bis zur Wahl geblieben sei.

In über 30 Jahren Genossenschaft hat er es nicht fertiggebracht, einflußreiche Freunde in der SPD zu gewinnen. Ob die bayerische SPD-Chefin Renate Schmidt, der hessische Ministerpräsident Hans Ei-

Seine Mißachtung macht auch vor höchsten Parteigremien nicht halt.

chel, die Juso-Vorsitzende Andrea Nahles oder der Patriarch Rau – alle sind schon deswegen für Lafontaine, weil sie gegen Schröder sind.

Von den Einflußreichen halten allenfalls der Bonner Wirtschaftsexperte Siegmund Mosdorf und der Düsseldorfer Wirtschaftsminister Wolfgang Clement zu Schröder, weniger aus Zuneigung, sondern eher, weil Schröder eine ähnlich konsequente Standortpolitik vertritt wie sie selbst. Die Chance, ähnlich wie Blair, einen starken Modernisierer-Flügel zu organisieren, der nach und nach die Macht in der Partei gewinnt, hat Schröder nie wahrgenommen.

So sind es kurze Allianzen, die sich aus einer vorübergehend gleichen Interessenlage

ergeben. Nur bei wirklich entscheidenden Fragen charmiert Schröder plötzlich drauflos. Seinen ursprünglich forschenden Leittrag zur Wirtschaftspolitik ließ er sich von den Parteilinken auf sozialen Konsens trimmen, um bei den Vorstandswahlen auf dem letzten Parteitag in Hannover keine Schlappe zu erleben.

Taktisch klug erschien es ihm auch, im sozialdemokratischen Kernland Nordrhein-Westfalen um Sympathie zu werben, wo Lafontaine-Freund Rau regiert. Fleißig schmeichelte er sich dort im letzten Sommer durch Ortsvereine und Betriebe.

Doch der Quickie mit der Basis hat keinerlei Herzensbindung hinterlassen. Auf dem Parteitag der NRW-SPD Ende Januar in Dortmund wurde Lafontaine derart gefeiert, daß Schröder-Freund und -Berater Bodo Hombach eingestand: „Das saß. Das war die Seelenlage der Partei.“

Tatsächlich scheinen die meisten Sozialdemokraten sich schon aus Prinzip gegen einen Kandidaten zu sträuben, den die Öffentlichkeit ihnen auf-

drängt: Die SPD will keinen beliebten Spitzenmann, sondern einen, den sie selbst liebt.

Der sich derzeit nur andeutende Zwist ist indes nur Vorspiel zu einem viel größeren Knatsch, der sich gleich nach der Niedersachsen-Wahl entladen wird. Das Solidaritäts-Schauspiel der Rivalen wird am 1. März beendet, dann wird die alte Grundsatzebene wieder aufbrechen.

Schröder will einen „integrativen“ Mittelwahlkampf führen, mit Lob für den Standort Deutschland. Lafontaine dagegen plant einen Polarisierungswahlkampf. Er will eine neue Politik, Schröder nur die Schwächen der Regierung Kohl korrigieren.

Egal, wer es wird – in jedem Falle wird ein Lager zutiefst frustriert zurückbleiben. Wie sollen die Linken mit einem Kanzlerkandidaten leben, der in wesentlichen Positionen nicht ihre Politik vertritt?

Daß die störrische Partei nicht seinem Kalkül gemäß funktioniert und sich trotz seiner besseren Aussichten gegen Kohl widerspenstig zeigt, ärgert den niedersächsischen Ministerpräsidenten zusehends. Er wirkt oftmals angespannt, gereizt, als sei die Wahl schon entschieden – gegen ihn.

Lafontaine gibt die Devise aus: „Der Gerd verliert die Nerven.“ Schröder dagegen sieht seine Ahnung bestätigt, „daß der Oskar mir strategisch einiges voraus hat“.